

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Keuter, Joachim Wundrak, Petr Bystron,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11625 –**

Für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert

A. Problem

Nach Darlegung der antragstellenden Fraktion ist Indien eine zunehmend selbstbewusste und aufsteigende Großmacht, die in den nächsten Jahren zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wird. Für die Bundesrepublik Deutschland stelle Indien einen strategischen Partner dar, mit dem unter den Bedingungen einer zunehmend multipolaren Weltordnung die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen ausgebaut werden sollen.

Deswegen fordert die antragstellende Fraktion für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft gegenüber der Bundesregierung, 1. indische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg zu unterstützen; 2. mit Indien, Brasilien und Japan (G4) für eine inklusive, die aufsteigenden asiatischen und lateinamerikanischen Mächte berücksichtigende Weltsicherheitsarchitektur einzutreten und auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Deutschland, Indien, Brasilien und Japan hinzuwirken; 3. bei der Reform der Weltfinanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds (IMF) mit Indien die BRICS-Staaten zu unterstützen, damit diese ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht angemessene Anteile an Stimmrechten erhalten; 4. zusammen mit Indien sich für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einzusetzen, flankiert von der Gründung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen nach dem Vorbild der damaligen KSZE (heute OSZE), und auf ein Gleichgewicht der Mächte im Indopazifik hinzuwirken; 5. für einen schnellen Abschluss des EU-Indien-Freihandels- und -Investitionsschutzabkommens ohne überzogene umwelt- und menschenrechtliche Standards einzutreten; 6. nach dem Wiedereinstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie ein Nuklearabkommen mit Indien abzuschließen; 7. die Zusammenarbeit bei der Forschung und Produktion von Rüstungsgütern auszubauen sowie den Export von Rüstungsgütern nach Indien zu erleichtern und auszuweiten; 8. im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas mit Indien und Japan bei deren Infrastrukturprojekten zusammenarbeiten (Asia Africa Growth Corridor) und 9. die Entwicklungshilfe

im gegenseitigen Einvernehmen zu beenden und durch gemeinsame industrielle Kooperationsprojekte auf Augenhöhe zum beiderseitige Nutzen zu ersetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11625 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juli 2024

Der Auswärtige Ausschuss

Michael Roth
Vorsitzender

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Schahina Gambir
Berichterstatterin

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Stefan Keuter
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Aydan Özoğuz, Jürgen Hardt, Schahina Gambir, Ulrich Lechte und Stefan Keuter

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/11625** in seiner 172. Sitzung am 6. Juni 2024 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Darlegung der antragstellenden Fraktion ist Indien eine zunehmend selbstbewusste und aufsteigende Großmacht, die in den nächsten Jahren zur drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wird. Für die Bundesrepublik Deutschland stelle Indien einen strategischen Partner dar, mit dem unter den Bedingungen einer zunehmend multipolaren Weltordnung die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen ausgebaut werden sollen.

Deswegen fordert die antragstellende Fraktion für eine vollumfängliche deutsch-indische Partnerschaft gegenüber der Bundesregierung, 1. indische Vermittlungsbemühungen im Ukraine-Krieg zu unterstützen; 2. mit Indien, Brasilien und Japan (G4) für eine inklusive, die aufsteigenden asiatischen und lateinamerikanischen Mächte berücksichtigende Weltsicherheitsarchitektur einzutreten und auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für Deutschland, Indien, Brasilien und Japan hinzuwirken; 3. bei der Reform der Weltfinanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds (IMF) mit Indien die BRICS-Staaten zu unterstützen, damit diese ihrem weltwirtschaftlichen Gewicht angemessene Anteile an Stimmrechten erhalten; 4. zusammen mit Indien sich für vertrauensbildende Maßnahmen im Indo-Pazifik einzusetzen, flankiert von der Gründung einer Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen nach dem Vorbild der damaligen KSZE (heute OSZE), und auf ein Gleichgewicht der Mächte im Indopazifik hinzuwirken; 5. für einen schnellen Abschluss des EU-Indien-Freihandels- und -Investitionsschutzabkommens ohne überzogene umwelt- und menschenrechtliche Standards einzutreten; 6. nach dem Wiedereinstieg in die zivile Nutzung der Kernenergie ein Nuklearabkommen mit Indien abzuschließen; 7. die Zusammenarbeit bei der Forschung und Produktion von Rüstungsgütern auszubauen sowie den Export von Rüstungsgütern nach Indien zu erleichtern und auszuweiten; 8. im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas mit Indien und Japan bei deren Infrastrukturprojekten zusammenarbeiten (Asia Africa Growth Corridor) und 9. die Entwicklungshilfe im gegenseitigen Einvernehmen zu beenden und durch gemeinsame industrielle Kooperationsprojekte auf Augenhöhe zum beiderseitigen Nutzen zu ersetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 80. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 80. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 61. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 74. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 115. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11625 in seiner 70. Sitzung am 3. Juli 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW die Ablehnung.

Berlin, den 3. Juli 2024

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Schahina Gambir
Berichterstatterin

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Stefan Keuter
Berichterstatter

